

Idee

Die Aktionswoche „Take care!“ bietet eine Plattform in Form einer Internetseite, auf der (1) Informationen und Lesenswertes zum Thema bereitgestellt sind, (2) die Möglichkeit besteht, bundesweite Aktionen in einem Kalender zu veröffentlichen, (3) Statements und Perspektiven von namenhaften Personen zu lesen sind und (4) auf der Unterstützer*innen und Freunde der Aktionswoche als Netzwerk und Verbund zur Stärkung der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe aufgebaut werden können. Ebenso gibt es (5) Materialien zur Aktionswoche und (6) eine Petition zum unterzeichnen. Die Plattform versteht sich als Angebot und Netzwerk. Von Bedeutung sind die bundesweit regionalen Aktionen, die von den teilnehmenden Organisationen selbst verantwortet werden.

Wann

Die bundesweite Aktionswoche „Take care! Zur Attraktivität sozialer Berufe“ findet vom 7. bis 13. Juni 2021 statt. In dieser Juni-Woche – und auch um diese Woche herum bis zum Jahresende 2021 – sind alle Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen, die die Relevanz und Attraktivität der sozialen Berufe stärken wollen, zum Mitmachen eingeladen.

Akteure

Akteure der Aktionswoche können sein Unternehmen, Träger, Einrichtungen, Fach-, Berufs- und Landesverbände, berufsbildende Schulen, Fachschulen und Hochschulen, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen.

Für Einzelpersonen steht eine Petition auf der Homepage zum unterzeichnen bereit.

Kontakt

Homepage: www.takecare-aktionswoche.de

E-Mail: mitmachen@takecare-aktion.de



Ziel

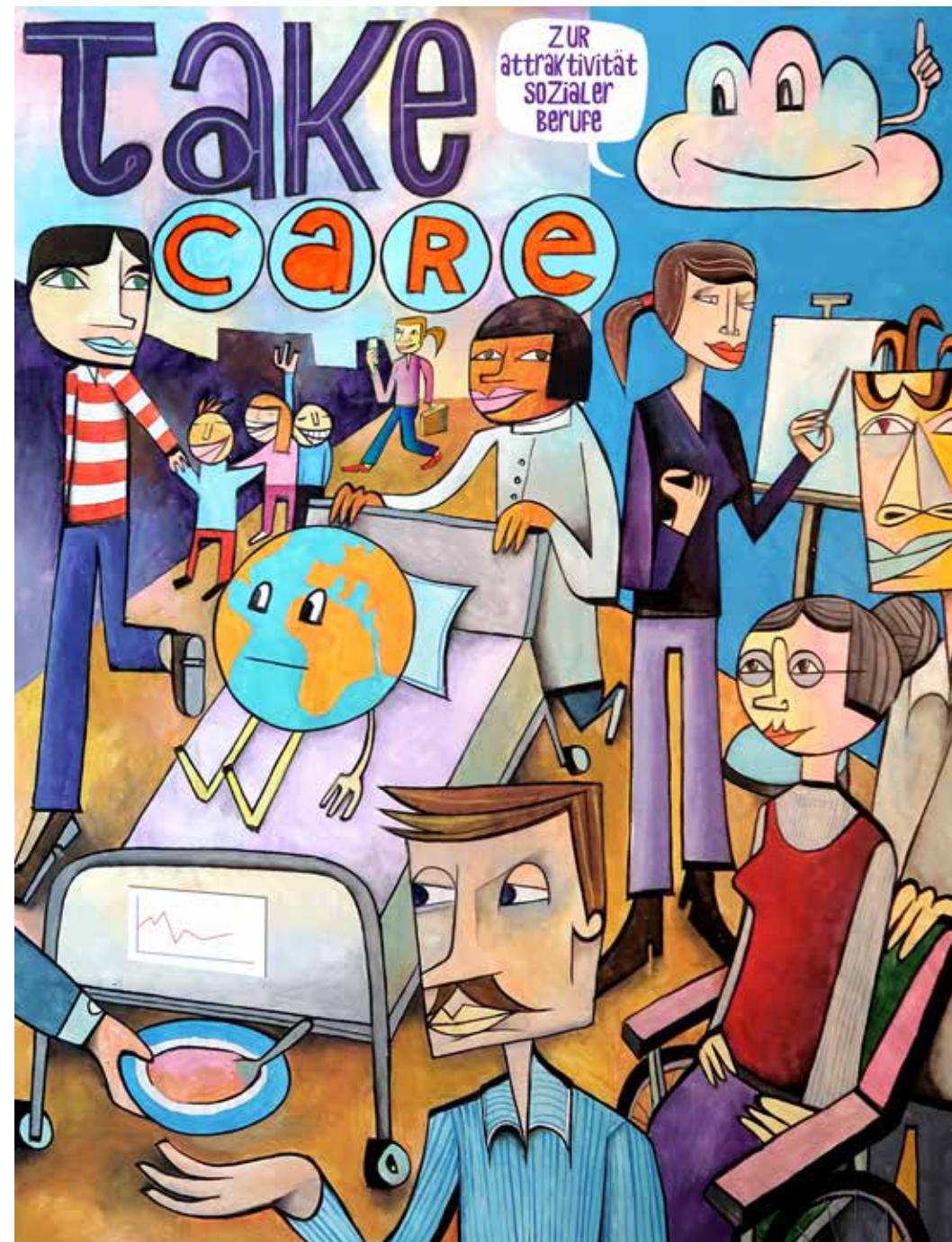
Im Mittelpunkt steht die Bedeutung der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe, auch mit Blick auf ihre Systemrelevanz und Professionalität. Leider werden diese Berufe in ihrer wirtschaftlichen Produktivität und mit ihrem Beitrag für Demokratie und die Ermöglichung der sozialen Teilhabe oft marginalisiert; bis hin dass soziale Berufe als „Frauenberufe“ tituiert werden. Dem möchten wir die Bedeutung und die Wichtigkeit der sozialen Berufe für das gesellschaftliche Miteinander entgegensetzen.

Zielgruppe

Die Zielgruppen der Aktionswoche sind politische Vertreter*innen, Medien, allgemeine Öffentlichkeit, Studierende und Auszubildende sowie Studien- und Ausbildungsinteressierte

Art der Beteiligung

Alle Formate für Aktionen sind willkommen. Es können Tagungen, Seminare, Projektarbeiten, Diskussionsforen sein, angesichts oder digital. Geeignet sind ebenfalls Plakataktionen oder Interviews mit Vorständen, Politiker*innen, Bürger*innen, Eltern und Angehörigen, Klient*innen, Besucher*innen sozialer Einrichtungen, den Industrie- und Handelskammern oder auch Landesministerien.



BUNDESWEITE AKTIONSWOCHEN | 7. bis 13. Juni 2021

www.takecare-aktionswoche.de



Diakonie
Deutschland



Diakonie 
Deutschland

Machen Sie mit!

Vom 7. bis 13. Juni 2021 findet die bundesweite Aktionswoche „Take care! Zur Attraktivität sozialer Berufe“ statt. In dieser Juni-Woche – und auch um diese Woche herum bis zum Jahresende – sind alle Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen zum Mitmachen eingeladen, die die Relevanz und Attraktivität der sozialen Berufe stärken wollen.

Im Mittelpunkt steht die Bedeutung der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe, auch mit Blick auf ihre Systemrelevanz und Professionalität. Leider werden diese Berufe in ihrer wirtschaftlichen Produktivität und mit ihrem Beitrag für Demokratie und die Ermöglichung der sozialen Teilhabe oft marginalisiert; bis hin dass soziale Berufe als „Frauenberufe“ tituiert werden. Dem möchten wir die Bedeutung und die Wichtigkeit der sozialen Berufe für das gesellschaftliche Miteinander entgegensetzen.

Konzept

Wir wünschen uns von KiTas, in denen unsere Kinder und Enkelkinder von kompetenten Erzieher*innen gut versorgt werden, anregende und kreative Spielangebote, frühkindliche Bildungsangebote und gesundes Essen. Als Gesellschaft erwarten wir von der Kinder- und auch von der Jugendbetreuung, dass beide Eltern möglichst in Vollzeit arbeiten und auch Frauen Karrierepläne verwirklichen können sowie alle Kinder mit ausreichender Sprach- und Sozialkompetenzen in die Schule kommen und junge Erwachsene eine Ausbildung beginnen können. Von den Hilfen zur Erziehung erwarten wir, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Unterstützung erhalten, um ihr Leben, die Schule und Ausbildung zu meistern. Wenn wir selbst, Angehörige oder Freund*innen eine Krise erleben, wünschen wir uns, dass ihnen mit guten sozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten effektiv geholfen wird. Als Gesellschaft erwarten wir von den Sozialarbeiter*innen, dass sie die sozialen Probleme lösen, die durch soziale Ungleichheit und Ausgrenzung aber auch durch individuelle Schicksalsschläge entstehen und dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern. Für den Fall, dass wir selbst, unsere Eltern oder andere Personen, die uns am Herzen liegen, krank oder pflegebedürftig werden, wünschen wir uns, dass sie fachlich gut gepflegt werden, dabei so selbstbestimmt wie möglich leben können und die menschliche Zuwendung bekommen, die sie brauchen. Als Gesellschaft sind wir darauf angewiesen, dass insbesondere die Freie Wohlfahrtspflege flächendeckend gute Pflege sichert und genügend Menschen dazu bereit sind, den Pflegeberuf zu ergreifen und in der Pflege zu arbeiten. Mit dem Beitritt zur UN-Behindertenrechts-Konvention haben wir uns als Gesellschaft dazu verpflichtet, allen Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben bei voller und gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

Gesellschaft, Politik und Wirtschaft müssen die gesellschaftlich notwendige Sorge-Arbeit anerkennen und adäquat finanzieren. Die Gehälter müssen auskömmlich und die Arbeitsbedingungen müssen angemessen und förderlich sein. Denn nicht zuletzt deshalb entscheiden sich junge Menschen und Quereinsteigende für eine Ausbildung oder ein Studium im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen und verbleiben auch in den Arbeitsfeldern. Das Image der Berufe im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen ist denkbar schlecht: sie werden von Politik und Wirtschaft nur unter Kostenaspekten beachtet und generell als typische „Frauenberufe“ angesehen.



In der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig die Berufsgruppen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Über Lob und einmalige Zulagen für Pflegekräfte hinaus, hatte das bislang keine nachhaltigen politischen Folgen.

Wissenschaftler*innen sprechen schon länger von einer veritablen gesellschaftlichen Krise – der Krise der Care-Arbeit. Ähnlich wie in der Umwelt- und Klimakrise zeigt sich diese darin, dass wir nicht nachhaltig mit den Ressourcen für unsere Wirtschafts- und Lebensweise umgehen. Die Corona-Pandemie hat nachdrücklich gezeigt, dass unser Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem so nicht krisenfest ist. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen hat nicht dazu geführt, dass Familienarbeit geschlechtergerechter verteilt wird. Die Sorge-Arbeit, die Frauen früher vielfach geleistet haben, wird nicht adäquat durch sozialstaatliche Leistungen kompensiert. Stattdessen werden die „Nebenkosten“ unserer Wirtschafts- und Lebensweise gedrückt, so lange das geht, was sich in Arbeitsverdichtung und der Entlohnung von Erzieher*innen, Hauswirtschafterinnen, Pflegekräften, Hebammen, Sozialarbeiter*innen, Heilerziehungspfleger*innen, Heilpädagog*innen und vielen anderen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen Tätigen zeigt. Auch wird Arbeit ausgelagert. Das passiert, wenn etwa osteuropäische Pflegekräfte als 24-Stunden-Kräfte in Familien arbeiten, die dann ihre Kinder nicht selbst erziehen können, oder wenn in Vietnam und auf den Philippinen Pflegekräfte angeworben werden, die dann in ihren Ländern fehlen. Und wenn aus Pandemie-Schutzgründen Grenzen geschlossen werden, bricht die Versorgung weg.

Die Krise der Care-Arbeit verweist auf eine sozial-, geschlechter- und migrationspolitische Schräglage. So können nur Mittelschichtfamilien mit Au-Pair-Mädchen oder 24-Stunden-Pflegekräften sozialstaatliche Lücken individuell ausgleichen und damit eine ihren Vorstellungen vom guten Leben entsprechende Kinderbetreuung oder Pflege individuell realisieren. Zudem sind im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen überproportional viele Frauen beschäftigt, die den hohen Arbeitsdruck häufig durch Teilzeittätigkeiten kompensieren, was zu einem geringen Einkommen mit Konsequenzen wie späterer Altersarmut etc. beiträgt. Das gilt insbesondere auch für Migrant*innen, die im In- und Ausland für die – unter den gegebenen Bedingungen – besonders unattraktiven Arbeitsfelder angeworben werden.

Die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit guter Sorge ist eine Voraussetzung dafür, ein gutes Leben – von der Wiege bis zur Bahre – führen zu können. In einer Gesellschaft, die sich als sozial gerecht und inklusiv verstehen will, darf dies nicht von der sozialen Lage, dem Geschlecht, der Herkunft oder auch von einer Behinderung abhängen.

Die im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen Beschäftigten leisten einen unersetzlichen Beitrag dazu, dass wir ein gutes Leben führen und unsere sozialen Rechte wahrnehmen können. Sie werden in Berufsbildenden Schulen wie den Pflegeschulen, in Fachschulen und Hochschulen zu hochqualifizierten Fachkräften ausgebildet und in der Sozialwirtschaft beschäftigt. Ohne sie kann Gesellschaft nicht funktionieren und sich nicht reproduzieren. Wenn ein Ausweg aus der Krise der Sorge-Arbeit gefunden werden soll, müssen ihre Qualifikationen, ihre Tätigkeiten und ihre gesellschaftliche Leistung angemessen anerkannt werden. Dies muss sich auch in den Arbeitsbedingungen und Löhnen niederschlagen. Dazu gehört aber auch, dass das Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen entsprechend seines notwendigen Beitrags zur Reproduktion und zum Zusammenhalt der Gesellschaft materiell ausgestattet werden muss.

